

„Beam me up, Mister Speaker“: Ausschlüsse aus Parlament, Partei und Fraktion in den USA

Michael Kolkmann¹

Einleitung

Als der Demokratische Abgeordnete James A. Traficant Jr. am 24. Juli 2002 in Washington DC aus dem Repräsentantenhaus ausgeschlossen wurde, war er erst das 20. Mitglied in der Geschichte des US-Kongresses, dem ein solches Schicksal widerfuhr. Die Vorwürfe gegen ihn lauteten auf Korruption, Steuerhinterziehung, Erpressung und nicht zuletzt unzulässiger Einsatz seiner Mitarbeiterschaft aus seinem Kongressbüro in Washington auf seinem privaten Anwesen in Youngstown (Ohio) sowie auf seinem Hausboot in der Bundeshauptstadt. Mit 420 Ja- und einer einzigen Nein-Stimme bei mehreren Enthaltungen fiel das Ergebnis sehr deutlich aus, nachdem der Ethikausschuss der Kammer diesen Schritt zuvor empfohlen hatte. Später wurde Traficant, der seinen Wahlkreis im US-Repräsentantenhaus seit dem Jahr 1985 innehatte, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, was ihn nicht daran hinderte, aus dem Gefängnis heraus seine Wiederwahl als unabhängiger Kandidat zu organisieren (die dann scheiterte).²

Nicht bei allen Abgeordneten, die sich einem Ausschluss ausgesetzt sehen, handelt es sich um ähnlich bunte Hunde wie Jim Traficant, der mit seinen Second-Hand Polyester-Anzügen und eindrucksvollem Toupet vor allem bei den „One Minute Speeches“ zu Beginn einer jeden Sitzung für viel Aufmerksamkeit sorgte – Reden, die er stets mit „Beam me up, Mister Speaker!“ beendete. Aber diese Episode deutet darauf hin, dass ein Ausschluss aus dem Parlament im US-amerikanischen politischen System ein äußerst seltenes Phänomen ist. Deutlich schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob bzw. inwiefern ein Ausschluss aus einer einzelnen Fraktion oder einer Partei möglich ist. Der Fokus dieses Beitrags liegt daher auf den Möglichkeiten des Ausschlusses aus einer der beiden Kongresskammern in Washington DC, dem US-Senat und dem US-Repräsentantenhaus.

¹ Dr. Michael Kolkmann ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU).

² CNN.com: House Gives Traficant the Boot, 25. Juli 2002, online abrufbar: <https://edition.cnn.com/2002/ALLPOLITICS/07/24/traficant.expulsion/index.html> (Abruf am 15. November 2023); auch der Abgeordnete Mathew Lyon wurde im Jahre 1798 verurteilt, ihm gelang aber noch aus dem Gefängnis – anders als James Traficant – die Wiederwahl, vgl. Donald A. Ritchie: *The U. S. Congress. A Very Short Introduction*, New York 2023 (3. Auflage), S. 113.

Ausschluss aus dem US-Kongress

Der Prozess des Ausschlusses von Kongressmitgliedern wird „Expulsion“ genannt und kommt unter Umständen zur Anwendung, *nachdem* sie gewählt und in ihr Amt eingeführt worden sind. Nach einem Urteil des US-Supreme Courts ist dieses Vorgehen vom Prozess des „Exclusion“ zu unterscheiden, nach dem gewählte Mitglieder der Kammern (aus unterschiedlichen Gründen) zu Beginn der Wahlperiode eines neuen US-Kongresses nicht in ihr Amt eingeführt werden. Demnach können disziplinarische Maßnahmen grundsätzlich erst dann angewendet werden, wenn die gewählten Mitglieder auch tatsächlich offizielle Abgeordnete bzw. Senatoren sind, sprich: nachdem sie ihren Amtseid geleistet haben. Zwei Beispiele indizieren einen unterschiedlichen Umgang von US-Senat und US-Repräsentantenhaus mit diesem Thema. Im Senat wurde durch den Regelausschuss (Rules Committee) einem frisch gewählten Mitglied des Senats die Bestätigung seines Wahlsieges verweigert: im Jahre 1974 dauerte es mehrere Wochen, bis nach wiederholter Zählung der Wahlzettel nicht festgestellt werden konnte, welcher der beiden Kandidaten, die jeweils beide den Wahlsieg für sich reklamierten, auch tatsächlich die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Es kam zu einer Neuwahl im Jahr darauf.³ Umgekehrt im US-Repräsentantenhaus zehn Jahre später: der (Demokratische) Amtsinhaber lag nach der Auszählung mit 72 Stimmen vorne. Einer Nachzählung folgend lag sein Republikanischer Herausforderer mit 34 Stimmen in Front und wurde vom heimischen Bundesstaat Indiana zum Sieger ernannt. Die Demokratische Fraktion im US-Repräsentantenhaus ihrerseits veranstaltete eine eigene Nachzählung, wonach wiederum der Demokrat vorne lag, wenn auch nur noch mit vier Stimmen. Die Republikaner wollten den Sitz unbesetzt lassen und eine neue Wahl ansetzen. Mit Mehrheitsbeschluss setzten die Demokraten jedoch ihren Kandidaten durch, was später durch Gerichte bestätigt wurde.⁴ Im Jahre 1865 weigerten sich zudem die Abgeordneten des Nordens, die gewählten Abgeordneten der Konföderation zuzulassen, so lange sich die entsprechenden Bundesstaaten weigerten, den 13. Verfassungszusatz, der die Abschaffung der Sklaverei vorsah, zu ratifizieren.⁵

Die rechtlichen Bestimmungen für Ausschlüsse aus dem US-Kongress sind äußerst knapp bestimmt. Artikel I Abschnitt 5 der US-amerikanischen Verfassung lautet lapidar: „Each House [of Congress] may determine the Rules of its proceedings, punish its members for disorderly behavior, and, with the concurrence of two-thirds, expel a member.“ Im Jahre 1964 institutionalisierte der US-Senat den ersten dauerhaften Ethikausschuss, das Select Committee on Standards and

³ Ritchie: The U. S. Congress, S. 35.

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. ebd., S. 36, mit weiteren Beispielen.

Conduct, im Jahr 1977 wurde es in Select Committee on Ethics umbenannt.⁶ Im Jahre 1967 wurde im Repräsentantenhaus das Committee on Standards of Official Conduct eingerichtet, welches im Jahr 2011 in Committee on Ethics umbenannt wurde.⁷ Im Jahre 2008 etablierte sich im Repräsentantenhaus das überparteiliche bzw. unparteiische Office of Congressional Ethics (OCE), das mögliche Vergehen der Mitglieder untersucht. Im Senat gibt es diesbezüglich keine vergleichbare Einrichtung.⁸

Ein Ausschluss traf bislang wie erwähnt erst 20 Kongressmitglieder, darunter 15 im US-Senat.⁹ Von diesen 15 wurden 14 während des Bürgerkrieges ausgeschlossen, der Vorwurf lautete auf Unterstützung der Konföderation. In einer Reihe von Fällen war darüber hinaus in der Vergangenheit das Verfahren für einen Ausschluss auf den Weg gebracht worden, wurde aber wegen Geringfügigkeit nicht weiterverfolgt oder die Angelegenheit erledigte sich aufgrund des Rücktritts des entsprechenden Kongressmitglieds. In der Regel ging es in diesen Verfahren um unterschiedliche Dimensionen von Korruption.¹⁰

Jüngste Entwicklungen

Zuletzt fand ein entsprechendes Ausschlussverfahren gegen den Republikanischen Abgeordneten George Santos (New York) im Jahr 2023 statt. Santos wurde seit seiner Wahl im Jahr 2022 vorgeworfen, Teile seiner Biografie ausgeschmückt oder erfunden zu haben. Aktuell laufen gegen ihn Ermittlungen mehrerer Strafverfolgungsbehörden. Im Mai 2023 wurde Santos in 13 Punkten angeklagt, blieb aber unter Kautions auf freiem Fuß. Im Oktober 2023 folgte die Anklage in zehn weiteren Punkten. Anfang November 2023 stimmten 213 Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses gegen seinen Ausschluss, 179 Abgeordnete dafür. Damit

⁶ Hintergründe zur Arbeit des Ausschusses finden sich hier: <https://www.ethics.senate.gov/public/> (Abruf am 20. November 2023).

⁷ Details zu Arbeitsweise und einzelnen Entscheidungen finden sich hier: <https://ethics.house.gov> (Abruf am 20. November 2020).

⁸ Vgl. Jacob R. Straus: Enforcement of Congressional Rules of Conduct: A Historical Overview, CRS Report for Congress Nr. 30764, 23. Februar 2015, online abrufbar: <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/RL/RL30764> (Abruf am 20. November 2023).

⁹ Der Congressional Research Service (CRS) hat vor einiger Zeit alle wesentlichen Informationen zum Thema zusammengestellt. Dort findet sich auch eine Übersicht über die fünf Mitglieder des US-Repräsentantenhauses und der 15 Senatoren, die bislang in der Geschichte des US-Kongresses ausgeschlossen worden sind: Todd Garvey: Expulsion of Members of Congress: Legal Authority and Historical Practice, 11. Januar 2018, CRS Report R45078, online abrufbar: <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R45078> (Abruf am 15. November 2023); nähere Hintergründe zur Rolle der Kongressmitglieder im Kontext ihrer Fraktionen finden sich bei Ruth Bloch Rubin: House Parties, Divided: Intraparty Organization in the Contemporary Congress, in: Lawrence C. Dodd/Bruce I. Oppenheimer/C. Lawrence Evans (Hrsg.): Congress Reconsidered, Washington DC 2021 (12. Auflage), S. 225-249.

¹⁰ Vgl. Ritchie: The U. S. Congress, S. 113.

wurde die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit für den Ausschluss verfehlt.¹¹ Zuvor hatte bereits der erwähnte Ethikausschuss der Kammer Ermittlungen aufgenommen.¹² Inzwischen hat Santos angekündigt, bei den kommenden Kongresswahlen im November 2024 nicht erneut antreten zu wollen.¹³

Auch gegen den Demokratischen Senator Robert Menendez (New Jersey) gab es im Sommer 2023 schwerwiegende Vorwürfe.¹⁴ Die Staatsanwaltschaft wirft ihm unter anderem vor, politische Entscheidungsprozesse im Sinne der Regierung Ägyptens beeinflusst und im Gegenzug persönliche Vorteile erlangt zu haben. Ermittler hatten bei ihm ca. 500.000 US-Dollar in bar gefunden, und zwar versteckt in Umschlägen und in Jacken des Senators.

Menendez hatte bereits im Jahre 2018 einen Korruptionsprozess überstanden. Nachdem er jüngst Forderungen nach einem Rücktritt aus seiner Partei und Fraktion zurückgewiesen hatte, kam in der politischen Diskussion die Frage nach einem Ausschluss Menendez' aus dem Senat auf.

Andere disziplinarische Maßnahmen

Abseits vom Ausschluss eines Mitglieds einer Kammer kennt der Kongress weitere Sanktionsinstrumente, nämlich den Ausschluss aus Ausschüssen sowie die Instrumente des „Censure“ und des „Reprimand“.¹⁵

¹¹ Michael Gold/Luke Broadwater/Grace Ashford: George Santos to Keep Seat After House Votes Not to Expel Him, in: The New York Times, 2. November 2023, online abrufbar: <https://www.nytimes.com/2023/11/01/nyregion/george-santos-expulsion-house.html?searchResultPosition=2> (Abruf am 21. November 2023).

¹² Vgl. Michael Gold/Grace Ashford: House Ethics Committee Opens Inquiry Into George Santos, in: The New York Times, 2. März 2023, online abrufbar: <https://www.nytimes.com/2023/03/02/nyregion/george-santos-ethics-investigation.html?searchResultPosition=2> (Abruf am 20. November 2023); im November 2023 beendete der Ausschuss seine Untersuchung, vgl. Grace Ashford/Luke Broadwater: House Ethics Panel Will Not Push to Expel George Santos, in: The New York Times, 15. November 2023, online abrufbar (Abruf am 27. November 2023).

¹³ Vgl. Grace Ashford: Santos Won't Seek Re-election After House Panel Finds Evidence of Crimes, in: The New York Times, 16. November 2023, online abrufbar: <https://www.nytimes.com/2023/11/16/nyregion/george-santos-ethics-committee.html?searchResultPosition=10> (Abruf am 27. November 2023).

¹⁴ Vgl. Karoun Demirjian: Menendez Rejects Democrats' Calls to Resign, Prompting Talk of Expulsion, in: The New York Times, 28. September 2023, online abrufbar: <https://www.nytimes.com/2023/09/28/us/menendez-democrats-senate.html?searchResultPosition=2> (Abruf am 22. November 2023).

¹⁵ Vgl. die Übersicht auf der Webseite des US-Repräsentantenhauses: <https://history.house.gov/Institution/Discipline/Expulsion-Censure-Reprimand/> (Abruf am 15. November 2023).

Ausschluss aus einem Ausschuss

Grundsätzlich bestimmen die politischen Parteien im Kongress selbst die Ausschussmitgliedschaften ihrer Abgeordneten.¹⁶ Der aktuelle 118. Kongress hatte sich zu Beginn des Jahres 2023 allerdings noch gar nicht richtig konstituiert, als die Republikaner mit ihrer neu errungenen Mehrheit im US-Repräsentantenhaus eine Abgeordnete der Demokraten aus dem wichtigen Auswärtigen Ausschuss verdrängten. Die Parlamentskammer votierte Anfang Februar 2023 mit den Stimmen der Republikaner dafür, die Abgeordnete Ilhan Omar abzulösen. Begründet wurde dies mit früheren Aussagen Omars, die als antisemitisch kritisiert wurden. Der Schritt wurde in der medialen Berichterstattung als Rache dafür gewertet, dass die Demokraten – als diese in der Wahlperiode zuvor selbst noch die Kontrolle über das Repräsentantenhaus hatten – zwei Republikanische Abgeordnete wegen kontroverser Äußerungen aus Gremien verbannt hatten. Dazu gehörte die umstrittene Abgeordnete Marjorie Taylor Greene, die damals alle Ausschussposten verlor, unter anderem wegen der Verbreitung von Verschwörungstheorien.¹⁷

„Censure“ und „Reprimand“

Regel XI („Procedures of committees and unfinished business“) der Geschäftsordnung des US-Repräsentantenhauses legt fest, dass das Committee on Standards of Official Conduct Vorwürfe gegen Mitglieder untersuchen kann, nämlich in dem Fall, dass das Mitglied „any law, rule, regulation, or other standard of conduct applicable to the conduct of such Member ... in the performance of his duties or the discharge of his responsibilities“¹⁸ verletzt hat. Der Ethikausschuss des Senats kann ähnlich verfahren. Anschließend können die beiden Ausschüsse einen Bericht mit den Ergebnissen der Untersuchung, aber auch möglichen Handlungsempfehlungen, an das jeweilige Plenum senden. Beide Ausschüsse können zudem Unterausschüsse einrichten, um Beweismittel zu sichten, Anhörungen anzusetzen und Zeugen zu befragen. Beide Kammern des Kongresses können durch mehrheitliche Zustimmung zu einer simplen Resolution das Verhalten eines Mitglieds der Kammer rügen. Im Fall des „Censure“ gilt die spezifische Erfordernis, dass das betreffende Mitglied vor den übrigen Mitgliedern der Kammer stehen muss und der Speaker (im US-Repräsentantenhaus) die

¹⁶ Vgl. Ritchie: The U. S. Congress, S. 31.

¹⁷ ZEIT Online: US-Republikaner schließen Demokratin Ilhan Omar aus Ausschuss aus, 3. Februar 2023, online abrufbar: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-02/us-republikaner-ilhan-omar-ausschluss-auswaertiger-ausschuss> (Abruf am 20. November 2023).

¹⁸ Die gesamte Geschäftsordnung ist hier zu finden: <https://rules.house.gov/sites/republicans.rules.house.gov/files/documents/Rules%20and%20Resources/118-House-Rules-Clerk.pdf> (Abruf am 27. November 2023).

entsprechend Resolution vorträgt, im Senat genügt eine Mehrheitsentscheidung.¹⁹ Ursprünglich entsprach ein „Reprimand“, das es nur im US-Repräsentantenhaus, nicht aber im US-Senat gibt, dem Level eines „Censure“, aber im Jahre 1976 wurde ersteres durch das US-Repräsentantenhaus auf ein niedrigeres Sanktionslevel abgesenkt, so dass in diesem Fall der bzw. die Abgeordnete diese Rüge nicht an herausgehobener Stelle der Kammer mitzuerleben hat.

Am 7. November 2023 verabschiedete das Repräsentantenhaus ein „Censure“ gegen die Demokratische Abgeordnete Rashida Tlaib (Michigan), die einzige palästinensisch-amerikanische Abgeordnete im Kongress, aufgrund der Verbreitung von „falschen Narrativen“ nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. 22 Mitglieder der eigenen Fraktion stimmten dabei gemeinsam mit den meisten Angehörigen der Republikanischen Fraktion für eine entsprechende Resolution.²⁰

Blick in die Bundesstaaten

Auch in den Parlamenten auf Ebene der Bundesstaaten ist die Frage nach einem Ausschluss aus einzelnen Kammern immer wieder ein Thema, wie einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit demonstrieren. Dies betraf zum Beispiel vor nicht allzu langer Zeit die Demokratische Abgeordnete Zoöy Zephyr im Repräsentantenhaus von Montana, als es um einen Gesetzentwurf ging, der geschlechtsangleichende Behandlungen für minderjährige Transsexuelle verbieten soll. Zephyr hatte den Gesetzentwurf der Republikaner mit scharfen Worten kritisiert. Bei einem Protest von Demonstranten im Parlamentsgebäude, der von der Abgeordneten unterstützt wurde, wurden sieben Demonstranten wegen Hausfriedensbruchs festgenommen und schließlich wieder freigelassen, die Republikaner drohten mit Disziplinarmaßnahmen gegen Zephyr. In einer Abstimmung tags darauf stimmte dann die gesamte Republikanische Fraktion für den teilweisen Ausschluss der Abgeordneten bis zum Ende der Sitzungsperiode am 5. Mai 2023.²¹

¹⁹ Hier findet sich eine Liste der Abgeordneten, die sich bisher einem „Censure“ ausgesetzt sahen: <https://history.house.gov/Institution/Discipline/Expulsion-Censure-Reprimand/> (Abruf am 27. November 2023); und hier findet sich eine Übersicht der bislang betroffenen Mitglieder des US-Senats: <https://www.senate.gov/about/powers-procedures/censure.htm> (Abruf am 27. November 2023); ein einziger dieser Senatoren ist später wiedergewählt worden.

²⁰ Kayla Guo: House Censures Rashida Tlaib, Citing „River to the Sea“ Slogan, in: The New York Times, 7. November 2023, online abrufbar: <https://www.nytimes.com/2023/11/07/us/politics/tlaib-censure-house-israel-gaza.html> (Abruf am 8. November 2023).

²¹ Vgl. Jacey Fortin: Transgender Lawmaker Sues Over Removal From Montana House Floor, in: The New York Times, 1. Mai 2023, online abrufbar: <https://www.nytimes.com/2023/05/01/us/zoöy-zephyr-montana-lawsuit.html?searchResultPosition=3> (Abruf am 20. November 2023).

Auch in Tennessee bot sich ein ähnliches Bild, in diesem Fall auf dem Feld der Waffenpolitik.²² Die beiden Demokraten Justin Jones und Justin Pearson wurden nach Beschluss der Republikanischen Mehrheit ausgeschlossen, durften aber später ihre Plätze im Abgeordnetenhaus von Tennessee wieder einnehmen – jedoch nur vorübergehend. Die beiden Abgeordneten müssen ihre Plätze in einer Sonderwahl verteidigen, um dauerhaft zurückzukehren.²³

Ein Ausschluss galt bislang nicht – und hier entfaltet die Thematik über einzelne Fallbeispiele hinaus Relevanz für das gesamte politische System – als Instrument politischer Grabenkämpfe, sondern für schwere Verfehlungen. Die jüngsten Fälle auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems der Vereinigten Staaten dürften also ein Zeichen dafür sein, dass die Polarisierung des politischen Betriebs in den Vereinigten Staaten weiter zunimmt.²⁴ Präsident Joe Biden bezeichnete den ersten Vorgang dieser Art in Tennessee jüngst als „schockierend, undemokratisch und beispiellos“. Anstatt zu diskutieren, hätten sich die Republikaner dazu entschlossen, gewählte Vertreter des Volkes zum Schweigen zu bringen. Es steht zu erwarten, dass die erwähnten Fallbeispiele nicht die einzigen Vorkommnisse auf diesem Feld bleiben werden.

Ausschluss aus Partei/Fraktion

Eine Betrachtung dieses Aspekts hat differenziert zu erfolgen, da sich die spezifischen Bestimmungen von Partei zu Partei und auch auf unterschiedlichen politischen Ebenen teilweise stark voneinander unterscheiden können. Dies hat mit dem dezentralen Charakter des US-amerikanischen Parteiensystems zu tun. Politische Parteien in den Vereinigten Staaten stellen zudem keine monolithischen Blöcke dar, es gibt nicht *die* Demokratische und *die* Republikanische Partei. Sie sind „big tents“²⁵, Parteien, die großen Zelten gleichen²⁶:

²² Vgl. Emily Cochrane/Eliza Fawcett: Tennessee G.O.P. Punishes 2 Democrats by Throwing Them Out of House, in: The New York Times, 6. April 2023, online abrufbar: <https://www.nytimes.com/2023/04/06/us/tennessee-house-democrats-expelled.html?searchResultPosition=8> (Abruf am 21. November 2023).

²³ Eliza Fawcett/Emily Cochrane: Tennessee House Expulsions: What You Need to Know, in: The New York Times, 20. Mai 2023, online abrufbar: <https://www.nytimes.com/article/tennessee-house-democrats-expulsion-shooting-gun-control.html> (Abruf am 21. November 2023).

²⁴ Zum Befund der Polarisierung mit umfangreichen empirischen Hintergründen: Ezra Klein: Der tiefe Graben. Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika, Hamburg 2020, bes. S. 268-300.

²⁵ Ritchie: The U. S. Congress, S. 32.

²⁶ Zu aktuellen, grundsätzlichen Entwicklungen bei den amerikanischen Parteien siehe Sarah Wagner/Philipp Adorf: Democrats und die GOP: Historische Entwicklungen der Parteien und ihre heutigen Herausforderungen, in Christian Lammert et al. (Hrsg.): Handbuch Politik USA, Wiesbaden 2023.

„In den USA bestehen im Grunde tausende Demokratische und Republikanische Parteien“²⁷.

Diese Parteien finden sich neben der Bundesebene in allen 50 Bundesstaaten sowie auf der lokalen Ebene. Als zentrale Leitungsgremien kommen das Democratic National Committee sowie das Republican National Committee hinzu, aber auch Einrichtungen wie etwa die Democratic bzw. Republican Governors Association und die jeweiligen Wahlkampforganisationen der Fraktionen in beiden Kammern des Kongresses.

Bei den US-amerikanischen Parteien handelt es sich klassischerweise um Wählerparteien, die darauf abzielen, am Wahntag eine möglichst große Zahl an Stimmen für sich zu erobern. Anders als zu ihren Pendanten in Deutschland gibt es bei amerikanischen Parteien keine formale Parteimitgliedschaft, es werden keine fixen Mitgliedschaftsbeiträge bezahlt und für Kandidaturen für politische Ämter kann sich jeder bewerben, unabhängig von seiner vorherigen Erfahrung mit der entsprechenden Partei. Zwischen den einzelnen Wahlen findet keine kontinuierliche Arbeit in den einzelnen Gremien und auf den verschiedenen politischen Ebenen statt. Bereits zu Beginn der 1970er Jahre veröffentlichte David Broder von der Washington Post ein Buch mit dem Titel „The Party’s Over“, um den Niedergang dieser intermediären Organisationen auf den Punkt zu bringen²⁸: „Organisatorisch-strukturell haben Parteien in den Vereinigten Staaten eher den Charakter von lose verkoppelten Sympathisantenkreisen ausgebildet, nicht den von organisatorisch eng verknüpften Gemeinschaften oder Vereinen“²⁹. Kandidierende stehen im Mittelpunkt US-amerikanischer Politik, nicht Parteien, Abgeordnete sind ihre eigenen politischen „Kleinunternehmer“³⁰. Sie verdanken ihr Amt vor allem sich selbst und ihrem eigenen Engagement, weniger der Partei oder dem eigenen Präsidenten. Loyalitätsverpflichtungen sind für sie also sehr überschaubar. Bei abweichendem Stimmverhalten haben die Partei- und Fraktionsführungen kaum etwas in der Hand, um etwas gegen diese Abgeordneten zu unternehmen. Bedingt durch das Vorwahlsystem ist hier der Einfluss der Parteien sehr begrenzt.³¹ Auch deshalb hat sich der vorliegende Beitrag auf Ausschlüsse aus Parlamentskammern, nicht auf die aus Parteien und Fraktionen, fokussiert.

²⁷ Vgl. Michael Oswald: Das Regierungssystem der USA, Baden-Baden 2021 (3. Auflage), Baden-Baden 2021, S. 213.

²⁸ David McKay: American Politics and Society, Hoboken 2018 (9. Auflage), S. 100f.

²⁹ Maik Bohne/Torben Lütjen: Parteien: mehr als nur Wahlkampfmaschinen, in: Christian Lammert et al. (Hrsg.): Handbuch Politik USA, Wiesbaden 2020, S. 387-404, hier: S. 399.

³⁰ Peter Lösche: Kongress – fragmentierte Legislative, Bundeszentrale für politische Bildung, 6.10.2008, online abrufbar: <https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/10649/kongress-fragmentierte-legislative/> (Abruf am 20. November 2023).

³¹ Vgl. Thomas Gijswijt: Parteien und Wahlen, in: Andrew Denison et al. (Hrsg.): Länderbericht USA, Bonn 2021, S. 116-132, hier: S. 117.

Fazit

Sollten sich im Zeichen der Polarisierung in den nächsten Jahren Vorkommnisse mit Blick auf Ausschlüsse aus Parlamenten wie die beschriebenen Fallbeispiele häufen, wird es vermutlich auch eine intensivere Beschäftigung mit dem Gegenstand geben, nicht zuletzt durch eine zu erwartende entsprechend einschlägige Rechtsprechung zum Thema. Die Frage nach Ausschlüssen aus Parlamenten wird zudem mit jedem weiteren Fall von neuem auf die politische wie auch auf die wissenschaftliche Agenda gesetzt. Es steht zu erwarten, dass Jim Traficant nicht der letzte Abgeordnete bleiben wird, der sein Amt verliert. Unabhängig davon ist eine Untersuchung von Ausschlüssen aus Parteien und Fraktionen ein Forschungsdesiderat, das in naher Zukunft auf hoffentlich breiter Basis aufgegriffen und angegangen werden wird.